

Zeitschrift: Schweizer Spiegel
Herausgeber: Guggenbühl und Huber
Band: 13 (1937-1938)
Heft: 6

Vorwort: Die Sonne scheint für alle Leut

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

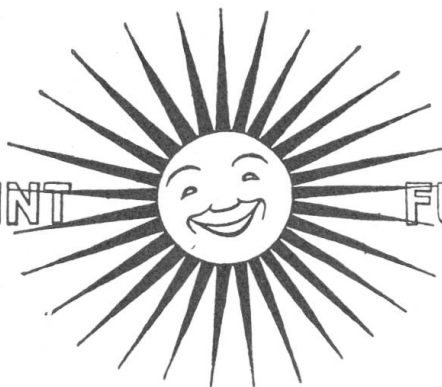
Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 02.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

DIE SONNE SCHEINT FÜR ALLE LEUT



*Die Seite
der Herausgeber*

DER Zwischenfall ist schon fast vergessen, obschon er sich vor gar nicht langer Zeit, vor vier, vor fünf Wochen ereignete. Alle Zeitungen widmeten ihm spaltenlange Artikel. Kantonsregierungen setzten sich mit ihm auseinander; er führte im zürcherischen Parlament zu einer Interpellation. Die Empörung ist verrauscht. Die Interpellation im kantonalen Rat fand schon kaum mehr die Beachtung der Parteiangehörigen des Interpellanten.

FREILICH, es handelte sich nur um ein Plakat. Das trug die Inschrift: « Wohin steuert die Schweiz? » Es zeigte die Photographie von vier unserer Bundesräte, und diese ohne Kopf. Des weitern war darauf die Stange mit dem Gesslerhut abgebildet. Ist diese Plakatangelegenheit nicht reichlich veraltet? Um so mehr, als sich inzwischen in unserer nächsten Nachbarschaft Dinge ereignet haben, die nicht umsonst Europa in Atem halten. Die Absetzung von Feldmarschällen, Besuche von Staatsoberhäuptern, deren Folgen nicht abzusehen sind. Kein Wunder, dass ein kleiner eidgenössischer Hausstreit in Vergessenheit geraten ist. Und doch scheint uns, sollten wir ihn nicht vergessen, bevor wir aus ihm die Lehre gezogen haben. Diese ist von äusserster Aktualität, von brennender Dringlichkeit. Vergessen wollen wir den parteipolitischen Hintergrund, nicht vergessen das Grundsätzliche:

DER Bundesrat wird von unsern Volksvertretern gewählt. Er ist die von uns gewollte Regierung. Wenn wir diese lächerlich machen, machen wir uns lächerlich. Wenn wir sie verächtlich machen, machen wir uns verächtlich.

DA wir in einer Demokratie leben,

haben wir nicht nur das Recht, sondern die verdammt Pflicht, an der Politik der Regierung Kritik zu üben, wenn wir mit ihr nicht einverstanden sind. Sie darf von äusserster Schärfe sein, nichts spricht dagegen. Die Entscheidung über die Mittel ist dem freien Spiele des Temperaments, der Taktik und des Takts überlassen. Aber es gibt eine Art der Kritik, die durch keine taktischen Gründe entschuldigt werden kann und die jenseits aller Taktfragen liegt. Wenn wir die von uns selbst bestimmte Regierung lächerlich und verächtlich machen, sprechen wir damit dem Volke, das diese Regierung selbst eingesetzt hat und das im Rahmen der Verfassung über jede Änderung der Regierung entscheidet, die Fähigkeit ab, über sich selbst vernünftig zu bestimmen. Wir unterhöheln das Ansehen des demokratischen Gedankens.

ALLE diktatorischen Bewegungen von den ältesten Zeiten bis auf den jüngsten Tag haben sich dieses Mittels der Lächerlich- und Verächtlichmachung demokratisch bestellter Regierungen bedient. Es hat seinen Zweck immer erreicht und wird ihn immer erreichen. Eine demokratische Regierung hat keine Zwangsmittel, um sich die Achtung zu verschaffen, die notwendig ist, um regieren zu können. Das ist ein Grundzug ihres Wesens. Deshalb muss das Volk die Kraft finden, freiwillig auf die Waffen zu verzichten, die die Würde seiner Regierung antasten.

ALLE politischen Parteien, die die Demokratie wollen, haben ein Lebensinteresse daran, das Eindringen einer Kampfweise zu verhindern, die, geduldet, auf die Länge zwangsläufig zur Diktatur führt.